

Der Magistrat

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/1792/2023**
 Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
 Datum: 09.11.2023

Amt: Dezernat I
 Aktenzeichen/Telefon: - 13 - He/Br -1021
 Verfasser/-in: Herr Heidl

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Entscheidung
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts-, Digitalisierungs- und Europaausschuss		Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

Betreff:

Vorschlag der Universitätsstadt Gießen für die Berufung von Mitgliedern des Forensikbeirats Gießen an der Vitos Klinik für forensische Psychiatrie Haina, Außenstelle Gießen, durch die Gesellschafterversammlung der Vitos Haina gGmbH, Haina und deren Stellvertreter*innen
- Antrag des Magistrats vom 09.11.2023 -

Antrag:

Die Universitätsstadt Gießen schlägt zur Berufung durch die Gesellschafterversammlung der Vitos Haina gGmbH, Haina, als Mitglied des Forensikbeirats Gießen und deren Stellvertreter*innen folgende Personen vor:

1. Jeweils ein*e Vertreter*in (Mitglied) und ein*e Stellvertreter*in jeder in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Fraktion

	Mitglied	Stellvertreter*in
Bündnis 90/Die Grünen	Vera Strobel	Christiane Janetzki-Klein
SPD	Stefanie Kraft	XXX
Gigg + Volt	XXX	Walter Bien
FW	XXX	

2. Ein*e Vertreter*in der Polizei EPKHK Frank Demper EPHK Bernd Vollmer

Begründung:

Die Vitos Haina gGmbH bittet für den Forensikbeirat Gießen an der Vitos Klinik für forensische Psychiatrie Haina, Außenstelle Gießen, um Berufungsvorschläge für ausgeschiedene Mitglieder und deren Stellvertreter*innen.

Folgende Stadtverordnete sind ausgeschieden:

	Mitglied	Stellvertreter*in
Bündnis 90/Die Grünen	Klaus-Dieter Grothe	Sophie Müller
SPD	Gerhard Merz	
Gigg + Volt		Maximilian Würtz
FW		Heiner Geißler

Von Seiten der Fraktionen und des Polizeipräsidiums Mittelhessen wurden die im Antrag genannten Vorschläge übermittelt. Die noch fehlenden Vorschläge der Fraktionen können im Geschäftsgang der Vorlage ergänzt werden.

Aufgaben des Forensikbeirates sind

- die beratende und unterstützende Begleitung bei Betrieb und Weiterentwicklung der Klinik,
- die Erörterung von Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern über die Klinik und ihre Patienten,
- die Förderung des Verständnisses und der Akzeptanz für die Aufgaben des Maßregelvollzugs in der Öffentlichkeit,
- ein Forum der Diskussion über allgemeine Fragen der inhaltlichen und organisatorischen Durchführung des Maßregelvollzugs sowie seiner rechtlichen und gesellschaftlichen Dimensionen zu sein.

B e c h e r (Oberbürgermeister)

Beschluss des Magistrats vom ____ . ____ . ____

Nr. der Niederschrift _____ TOP _____

- beschlossen
- ergänzt/geändert beschlossen
- abgelehnt
- zur Kenntnis genommen
- zurückgestellt/-gezogen

Beglaubigt:

Unterschrift